

**Rede zur Einbringung des Haushaltsplans 2024 von
Oberbürgermeister Michael Bulander
in der Sitzung des Gemeinderats am 20.11.2023**

- Es gilt das gesprochene Wort –

**Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats und der Ort-
schaftsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten
Damen und Herren,**

**wir leben in einer herausfordernden Zeit. Die Welt hat sich an einem
Tag verändert. Der 24. Februar 2022, der Beginn des brutalen An-
griffskriegs Russlands auf die Ukraine markiert eine Zäsur.**

**Die Spannungen und Konflikte zwischen Staaten nehmen zu. Ein
trauriger Höhepunkt war der barbarische Angriff der Terrororgani-
sation Hamas auf den Staat Israel und seinen Bürgerinnen und Bür-
gern am 7. Oktober dieses Jahres. Das, meine Damen und Herren,
war nichts anderes als ein Angriff auf eine Welt mit freiheitlichen
und demokratischen Werten und ist auf das Schärfste zu verurtei-
len.**

**Weltweite Fluchtbewegungen halten weiter an. Hinzu kommt die
multiple Mangellage an dauerhaft preiswerter Energie, Rohstoffen
und Wohnungen, um nur einige wenige Bereiche zu nennen. Die
Welt kommt aus einem Dauerstress nicht heraus, bleibt im Krisen-
modus, sodass immer mehr Menschen erschöpft und verunsichert
sind.**

**Verunsicherung macht sich auch in Deutschland breit. Unser Sozi-
alstaat hat zwischenzeitlich ein solches Ausmaß angenommen,**

dass wir ihn schon in wirtschaftlich ordentlichen Jahren kaum mehr bezahlen können. Bürgergeld, Rechtskreiswechsel, Bundesteilhabegesetz, Jugendhilfe, Kindergrundsicherung, alles sozialstaatliche Leistungen, die uns Kommunen zwar zunächst nur indirekt belasten, aber gesamtstaatlich gesehen uns weit über das hinaus verpflichten, was faktisch überhaupt noch leistbar ist. Wir Städte und Gemeinden bekommen das sehr deutlich über die Kreisumlage zu spüren.

Es ist aktuell davon auszugehen, dass im Kreis Tübingen 12 von 15 Städten und Gemeinden und landesweit, so eine Erhebung des Gemeindetags, mehr als die Hälfte der Kommunen für das Jahr 2024 keinen ausgeglichenen Haushalt werden vorlegen können. Das ist ein Alarmzeichen, meine Damen und Herren. Dieser Alarm wird noch schriller, wenn man bedenkt, dass wir eigentlich verstärkt in unsere Zukunftsfähigkeit investieren müssten, um eine tiefgreifende Transformation nachhaltig zu gestalten. Dabei geht es um Themen wie Klimaschutz, Energie- und Wärmewende, Wohnungsbau, Bildung und Betreuung, Mobilität und Digitalisierung. Allesamt Themen die jedes für sich genommen Millioneninvestitionen allein in unserer Stadt erforderlich machen.

Ich frage mich, meine Damen und Herren, wie sollen wir unser Stromnetz zukunftsfähig ausbauen, die Wärmewende gestalten, Wohnraum schaffen, Ganztagsbetreuung in der Grundschule anbieten, eine Regional-Stadtbahn Neckar-Alb und deren begleitende städtebauliche Gestaltung mitfinanzieren, eine in die Jahre gekommene Wasserver- und -entsorgung erneuern und gleichzeitig unsere weiteren Pflichtaufgaben finanzieren und ordentlich erfüllen?

Mir fehlt - gelinde gesagt - etwas die Fantasie, meine Damen und Herren, wie das in naher Zukunft funktionieren kann.

Zu allem Übel halten sich Bund und Land bei der Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben zurück. Die Digitalisierung der Schulen bleibt an den Kommunen hängen, genauso wie wir seit Jahren ohne Bundesfördermittel für den so dringend erforderlichen Kita-Ausbau auskommen müssen und die Kommunen nach Finanzierung einer nicht auskömmlichen Pauschale auf dem Rest der Kosten für Geflüchtete sitzen bleiben.

Unser Landesfinanzminister kommentierte die Oktobersteuerschätzung mit den Worten - ich zitiere: „Die Zeiten des Geldsegens durch immer wachsende Steuereinnahmen sind allerdings vorbei.

Es gibt auf absehbare Zeit keine Spielräume für zusätzliche Ausgaben.“

Diese Aussage lässt erwarten, dass sich die Finanzverhandlungen zwischen dem Land und den Kommunen weiter schwierig gestalten und es weiterhin an einer auskömmlichen Finanzierung durch das Land in vielen Bereichen fehlen wird. Das lässt nichts Gutes erwarten, als ob die strukturelle Deckungslücke bei den Kommunen durch die Inflation und dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst nicht schon groß genug wären.

In dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplan und dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke müssen wir Einsparungen vornehmen und eine eiserne Disziplin halten, um überhaupt einen stabilen und genehmigungsfähigen Haushalts- und Wirtschaftsplan vorlegen zu können.

Ja, wir müssen den Gürtel enger schnallen, wir müssen sehr genau hinschauen, was wir wann realisieren und welche Standards wir uns noch leisten können.

Dieser vorliegende Haushaltsplanentwurf ist der seit Jahren am schwierigsten aufzustellende Haushalt gewesen. Bis zuletzt musste eingespart, geändert und gestrichen werden. Zudem belasten uns zwei Sondereffekte, welche just auch im kommenden Jahr erfolgen, wie wenn die Deutsche Bahn die Brücke beim Ernwiesenstadion nicht schon vor Jahren hätte bauen können. Außer für die in den vergangenen Jahren bereits begonnenen Investitionen lässt der Haushalt also nicht viel Raum, der Neubau der Kindertagesstätte Hinter Höfen und die Sanierung der Filsenbergschule in Öschingen bilden die Schwerpunkte.

Der Haushalt 2024 und voraussichtlich auch der Haushalt 2025 können im ordentlichen Ergebnis nicht ausgeglichen werden. Die Erträge werden also nicht ausreichen, um die Aufwendungen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb zu decken. Der Haushalt 2024 weist nach Planzahlen ein Defizit von 2,9 Mio. Euro im ordentlichen Ergebnis aus. Allerdings kann durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre das Defizit gedeckt werden. Damit ist der Haushalt gesetzeskonform.

Im Finanzhaushalt wird mit 81.000 Euro Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt gerade noch eine schwarze Null erreicht. Damit können wir die ordentliche Tilgung in Höhe von 159.000 Euro nicht erwirtschaften und darüber hinaus können wir auch keinen Beitrag zur Finanzierung der Investitionen leisten.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer werden mit 9,8 Mio. Euro veranschlagt. Die Einzahlungen aus Steuern und ähnlichen Abgaben verringern sich gegenüber dem Nachtragsplan des Vorjahres um rd. 540.000 Euro auf 29,6 Mio. Euro. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die örtliche Gewerbesteuer im Jahr 2023 voraussichtlich sehr hoch ausfällt und ein noch nie da gewesenes Rekordniveau von voraussichtlich 10,7 Mio. Euro erreicht. Leider werden diese hohen Steuereinnahmen die Stadt bei der Bemessung der Finanzausgleichs- und der Kreisumlage im Jahr 2025 mit hohen Umlagenzahlungen einholen.

Die Zuweisungen und Zuwendungen und dort insbesondere die Schlüsselzuweisungen vom Land erreichen mit Planansätzen erneut ein Höchstniveau im Fünf-Jahres-Vergleich und steigen auf 24,98 Mio. Euro. Darin enthalten sind die Schlüsselzuweisungen, die sich allein um über 2,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Diese Zahlen machen das grundsätzliche Problem deutlich. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen, fachlich gesprochen die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit steigen im Planjahr deutlicher als die Einzahlungen, die Auszahlungen erhöhen sich voraussichtlich um 9 Prozent während die Einzahlungen nur um 2,8 Prozent steigen.

Die Personalauszahlungen steigen aufgrund der Tariferhöhung und zusätzlicher Stellen, insbesondere im Betreuungsbereich, exorbitant um 10,94 Prozent bzw. rd. 2,3 Mio. Euro auf 23,3 Mio. Euro. Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleitungen steigen gegenüber

dem Vorjahr um 9,8 Prozent bzw. rd. 1,2 Mio. Euro an, was im Wesentlichen der Inflationsrate geschuldet ist.

Die Transferauszahlungen, die im Wesentlichen aus den Umlagezahlungen bestehen, erhöhen sich gegenüber 2023 mit rd. 1,8 Mio. Euro bzw. 8,9 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich stark. Die Umlagezahlungen an Land und Landkreis steigen aufgrund der hohen Steuerkraft um über 3 Mio. Euro. Haupttreiber ist dabei die Erhöhung der Kreisumlage. Hintergrund des massiv gestiegenen Kreisumlage-Aufkommens beim Landkreis Tübingen in Höhe von über 30 Mio. Euro sind die eingangs meiner Ausführungen bereits erwähnten sozialstaatlichen Leitungen, die auf die ohnehin schon strapazierten Haushalte der Städte und Gemeinden durchschlagen. Die prognostizierte Anhebung der Kreisumlage um 4,16 Prozentpunkte bedeutet für uns eine Kreisumlage in Höhe von 11,07 Mio. Euro und damit eine Erhöhung um rd. 2,3 Mio. Euro.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit steigen gegenüber 2023 erneut, allerdings mit einem Betrag von 1,76 Mio. Euro langsamer als im Vorjahr an.

Trotz des engen Spielraumes im Haushalt 2024 rechnen wir in der mittelfristigen Planung in den Folgejahren bis 2027 wieder mit Zahlungsmittelüberschüssen des Ergebnishaushalts. Dies lässt hoffen, meine Damen und Herren. Ich wage mal die Einschätzung, dass trotz gravierender Veränderungen in unserer Gesellschaft und einer neuen finanzpolitischen Realität die nächste Generation an neuen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten nach der Kommunalwahl nicht den Mangel verwalten, sondern weiterhin ausreichend kommunalpolitischen Gestaltungsspielraum haben werden. Also nur

Mut, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, alle Fraktionen freuen sich über engagierte Bewerberinnen und Bewerber, denn unsere Demokratie lebt vom konstruktiven Mitmachen.

Trotz einiger Einsparungen und Verschiebungen auf die Folgejahre ist das für 2024 geplante Investitionsvolumen mit rd. 14,6 Mio. Euro wiederum sehr ambitioniert. Gegenüber den Vorjahren werden wir zur Finanzierung der Investitionen voraussichtlich eine Kreditaufnahme in Höhe von 6 Mio. Euro benötigen. Für das Haushaltsjahr 2025 planen wir 3,2 Mio. Euro an Krediten. Die Verschuldung würde mit den geplanten Kreditaufnahmen in Höhe von insgesamt 9,2 Mio. Euro deutlich steigen, allerdings von einer nahezu Nullverschuldung im Kernhaushalt aus.

Ein wichtiger Baustein zur Finanzierung der Investitionen sind die außerordentlichen Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken. Die Stadt hat sowohl bei den Wohnbauflächen als auch bei den Flächen für Gewerbe nur noch wenige, bei Letzteren so gut wie gar keine erschlossenen Flächen. Seit 2022 sind die Grundstücksverkäufe sehr stark eingebrochen. In 2023 konnten die geplanten Grundstückveräußerungen von 2,73 Mio. Euro nicht einmal annähernd realisiert werden. Im Öschinger Gebiet Reute wurde kein einziger Bauplatz veräußert. Die Nachfrage liegt aufgrund gestiegener Baupreise und gestiegenen Kapitalzinsen quasi bei null.

Die seit langem geplante Erschließung von Pfingstwasen Nord in Belsen stockt weiterhin, da die erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen noch nicht abschließend geklärt sind. Auch das dringend benötigte Gewerbegebiet Hegwiesen verzögert sich wegen natur- und artenschutzrechtlichen Vorgaben und Not-

wendigkeiten. Naturschutzrechtliche Belange sind wichtig, führen aber zu langwierigen Bauleitplanverfahren.

Für 2023 haben wir 1,3 Mio. Euro an außerordentlichen Erträgen aus Grundstückserlösen geplant. Diese werden der Rücklage aus Sonderergebnissen zugeführt und stehen damit für den Ausgleich defizitärer Haushalte zur Verfügung.

Um die geplanten Investitionen überhaupt finanzieren zu können, mussten wir mit spitzer Feder durch das Planwerk gehen. Der 3. Bauabschnitt in der Innenstadt wurde weiter geschoben. Die Sanierung der Fachklassenräume Physik und Biologie im Quenstedt-Gymnasium, mit einem Finanzmittelbedarf ohne Kostenfortschreibung in Höhe von 3,5 Mio. Euro wurde aktuell zurückgesellt und für den Fall einer Förderzusage des Landes mit Planungsmitteln im Haushalt berücksichtigt. Die Einrichtung eines Naturkindergartens zur Schaffung neuer Betreuungsplätze wurde um ein Jahr zurückgestellt, ebenso der Umbau der Fachräume in der Bätenhardtschule. Weiterhin wurden Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen für den Winterdienst, die Belagssanierungen der Allwettersportplätze an der Bätenhardtschule und der Filsenberschule Öschingen, sowie der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen geschoben. Die innerstädtische Wegweisung, eine neue Weihnachtsbeleuchtung für die Innenstadt, die regelmäßig veranschlagten Mittel für den Neubau eines Kinderspielplatzes und die Rücklagenzuführung für die Stadtwerke wurden 2024 ersatzlos gestrichen.

Gut ist, dass wir die in 2024 geplante Rückzahlung der Sanierungsmittel für die Pausa auf zwei Jahre strecken können und dieser Sondereffekt anstatt mit 1,8 Mio. Euro in 2024 nur mit 800.000

Euro zu Buche schlägt.

Ein weiterer Sondereffekt, der uns im Haushaltsjahr schmerzhaft trifft ist die Sanierung der Bahnbrücke in Erwiesen durch die DB Netz AG, welche einen Mittelbedarf von 1,975 Mio. Euro in 2024 und mittelfristig weitere 800.000 Euro angemeldet hat.

Dieses Vorhaben macht den Löwenanteil an den überdurchschnittlich hohen Investitionen für Tiefbaumaßnahmen in Höhe von fast 3,7 Mio. Euro aus. Neben der Bahnbrücke sind Finanzmittel für Straßenbaumaßnahmen zur Sanierung der Buchenstraße in Bästehardt, für die Obere Waldstraße in Belsen, für die Lindenstraße in Talheim und für den Endausbau 'Im weiten Hardt' in der Kernstadt veranschlagt. Außerdem sind für die Neugestaltung des Mühlegärtle weitere 450.000 Euro eingestellt. Letzteres Projekt wird mit insgesamt 747.000 Euro aus dem Förderprogramm Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen gefördert.

Das Projekt Mühlegärtle dient nicht nur der Aufenthaltsqualität, sondern auch dem Hitzeschutz in der Innenstadt und dem Hochwasserschutz an der Steinlach. Ich freue mich schon heute darauf, wenn wir dieses Herzensprojekt vieler Menschen, welches Emotionen unterschiedlicher Art auslöst, Mitte des nächsten Jahres, in unserem Jubiläumsjahr abschließen, feierlich eröffnen und der Bürgerschaft übergeben dürfen.

Trotz Schieben und Streichen ist das geplante Investitionsvolumen in Höhe von rd. 14,6 Mio. Euro beachtlich und weit überdurchschnittlich. Hinzu kommen sehr hohe Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rd. 12,1 Mio. Euro, die in den Folgejahren finanziert werden müssen. Die Investitionstätigkeit wird schwerpunktmäßig vom Abschluss verschiedener mehrjähriger Hochbaumaßnahmen geprägt.

Eine Restfinanzierung verschiedener Sanierungsabschnitte von Fachräumen für das Quenstedt-Gymnasium, die Filsenbergsschule in Öschingen und der Neubau des Kinderhauses Hinter Höfen bilden die Schwerpunkte. Zweidrittel aller Investitionen bzw. 9,155 Mio. Euro sind Hochbaumaßnahmen. Wiederum investieren wir ganz enorm in den Bildungs- und Betreuungsbereich inklusive dem Sport, nämlich allein 55 Prozent des gesamten Investitionsvolumens.

Der Neubau des Kinderhauses Hinter Höfen ist mit einer Summe in Höhe von 2,96 Mio. Euro eingeplant. Die Einrichtung wird im September 2024 in Betrieb genommen. Damit wird der Engpass an Betreuungsplätzen, insbesondere im Krippenbereich und in der Ganztagsbetreuung erheblich entschärft. Für die Maßnahme wurden 400.000 Euro Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock bewilligt. Weiterhin nicht geklärt und noch offen ist, ob die beantragten 660.000 Euro aus dem Kinderbetreuungsausbaugesetz zur Förderung neu geschaffener Betreuungsplätze bewilligt werden. Dieses Programm ist seit Jahren notorisch unterfinanziert. Trotz des unzweifelhaft bestehenden Bedarfs an neuen Betreuungsplätzen erfolgt von Bund und Land keine auskömmliche Ausstattung des Förder-

programms. Ich habe es bereits eingangs angesprochen, es fehlt der grundsätzliche Wille des Fördergebers hier etwas zu tun.

Die Sanierung der Filsenbergsschule wird nächstes Jahr abgeschlossen und die Schule geht zum Schuljahresbeginn wieder in Betrieb. Die Fortsetzungsfinanzierung für dieses Projekt schlägt mit 2,5 Mio. Euro zu Buche. Die Sanierungskosten liegen nach der Prognose vom Oktober 2023 bei 7,54 Mio. Euro. Dem stehen Fördermittel in Höhe von 975.000 Euro aus dem Ausgleichstock, dem Schulausbauförderprogramm und inkl. der Fördermittel aus dem DigitalPakt gegenüber.

Der Planungswettbewerb für den Bau einer neuen Sporthalle läuft aktuell. Dies ist der Auftakt zur Umsetzung des Masterplans, der aus dem Sportstätten-dialog erarbeitet wurde. Die Baukosten werden nach vorläufiger Kostenschätzung auf 11,4 Mio. Euro beziffert. Ein Antrag auf eine 75-Prozent-Förderung beim Bund ist gestellt. Für den Wettbewerb und erste Planungskosten sind Mittel in Höhe von 150.000 Euro veranschlagt. Außerdem ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,5 Mio. Euro eingeplant, welche nur im Falle einer Bewilligung der Fördermittel zum Tragen kommt. Der Neubau der Dreifeldsporthalle ist in der mittelfristigen Finanzplanung vollständig abgebildet.

Aufgrund des Bedarfs an weiteren Betreuungsplätzen in Bästehardt wurden erstmals Haushaltsmittel für den Bau eines Stadtteilzentrums mit einer fünfgruppigen Kindertagesstätte und einem Kinder- und Familienzentrum eingestellt. Für die Vorbereitung eines

Planungswettbewerbs sind 80.000 Euro veranschlagt sowie eine VE für erste Planungsleistungen in Höhe von 420.000 Euro vorgesehen. Diese Maßnahme rückt in der Priorität nach oben, so das Ergebnis aus der Klausurtagung des Gemeinderats vom Juli dieses Jahres. Die Kindergartenbedarfsplanung zeigt uns seit Jahren die fehlenden Kita-Plätze in Bästenhardt. Die Realisierung des Stadtteilzentrums erfolgt in Abhängigkeit der Finanzierung. Ein Planungswettbewerb ist für kommendes Jahr vorgesehen.

Der Bau einer Unterkunft für geflüchtete und obdachlose Menschen in Belsen, bestehend aus zwei Gebäuden, ist bis zu einer Restfinanzierung im Jahr 2026 komplett im Plan mit einer Gesamtinvestitionssumme von 3,2 Mio. Euro abgebildet. An Fördermitteln können bis zu 350.000 Euro aus dem Landesprogramm Wohnraum für Geflüchtete und aus Klimaschutzprogrammen erwartet werden.

Die Stadt braucht dringend Wohnraum für in Not geratene Menschen, weshalb mit der Umsetzung der Maßnahme bis Mitte des kommenden Jahres begonnen werden sollte.

Die Situation bei der Aufnahme von Flüchtlingen spitzt sich weiter zu. Auf Landkreisebene kommen wöchentlich 140 geflüchtete Menschen an. Die Unterbringungskapazitäten sind stark begrenzt. Das Landratsamt sucht dringend Container-Standorte für Wohnanlagen, auch in Mössingen, um nicht auf die Unterbringung in Sporthallen zurückgreifen zu müssen.

Bei der Anschlussunterbringung sind wir nach wie vor im Rückstand von 24 Personen. Und für das nächste Jahr sind für Mössingen 80 bis 100 Menschen angekündigt. Für Asylbewerber wird es immer schwieriger Wohnungen zu finden. Allenfalls für ukrainische

Kriegsflüchtlinge bekommen wir vereinzelt noch Wohnungsangebote, die wir natürlich auch dringend benötigen. Zum bevorstehenden Winter ist mit weiteren steigenden Zugangszahlen zu rechnen.

In dieser Situation brauchen wir Städte und Gemeinden volle Unterstützung von Bund und Land. Trotz ersten kleinen positiven Anzeichen die Zugangszahlen einzuschränken, sehe ich weiterhin eine dringende Handlungsnotwendigkeit, weil wir nicht weiter unkontrolliert Geflüchtete aufnehmen, unterbringen und integrieren können. Wir müssen Menschen in Not helfen, das ist unsere Aufgabe, das verlangt schon allein die Menschlichkeit und das, meine Damen und Herren, das tun wir auch. Dennoch sehe ich unseren Staat und Europa gefordert strukturelle Veränderungen herbeizuführen, eine unkontrollierte Migration zu begrenzen, Sozialleistungsstandards als Anreize zu reduzieren und die Zuwanderung zu steuern.

Aktuell haben wir in Mössingen 215 Menschen davon 90 Personen in städtischen und 125 in angemieteten Unterkünften untergebracht. Der Landkreis beherbergt derzeit in Mössingen 56 Menschen in der vorläufigen Unterkunft. Zwanzig weitere Menschen sollen noch vor Weihnachten in der derzeit im Bau befindlichen Containerunterkunft in der Höfgasse vorläufig unterkommen.

Die Aufnahme von geflüchteten Menschen erledigt sind nicht mit der Bereitstellung von Wohnraum. Die Kinderbetreuung, Schulplätze, die ärztliche Versorgung, Sprachkurse, die Integration und vieles mehr sind weitere Herausforderungen.

Bedanken möchte ich mich aber auch heute ausdrücklich bei allen denjenigen Bürgerinnen und Bürgern die Wohnungen zur

Verfügung gestellt und Menschen aufgenommen haben. Außerdem danke ich allen den Ehrenamtlichen aber auch den hauptamtlichen Kräften, die sich um die geflüchteten Menschen in unserer Stadt kümmern.

Die Planungen auf dem Hoeckle-Areal gehen aufgrund der bekannten gesamtwirtschaftlichen Lage und der damit zusammenhängenden Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt nur langsam voran. Trotzdem erwarten wir mit Spannung die städtebauliche Entwicklung auf dem Hoeckle-Areal. Hier können neue und zukunftsweisende Wohnformen und zusätzlicher Wohnraum mit geringem Flächenverbrauch geschaffen werden. Auch mit Blick auf diese künftige Entwicklung eines neuen Wohnens hat der Gemeinderat durch die Bereitstellung weiterer Finanzmittel bereits sehr vorausschauend gemeinsam mit dem Landkreis den Busverkehr mit einem halbstunden Takt bis in die Nacht und am Wochenende erweitert. Die Umsetzung erfolgte zum August dieses Jahres.

Außerdem haben Sie mit der Einführung des vergünstigten Stadttarifs einen weiteren Anreiz geschaffen bei Fahrten innerhalb der Stadt auf den Bus umzusteigen.

Mit Blick auf neue Mobilitätsformen und die Einführung der Regionalstadtbahn ist in den nächsten Jahren ein Mobilitätzentrum mit einer Verknüpfung unterschiedlichster Mobilitätsangebote im Quartier um das Rathaus und den Bahnhof zu planen. Die Stadt der Zukunft kennt eine andere Mobilität, als wir sie heute gewohnt sind. Der Ausbau des Mössinger Bahnhofs im Zuge der Regionalstadtbahn, mit stündlich sieben Anschlüssen in Richtung Tübingen und Reutlingen, zwingt uns zeitnah die Planungen aufzunehmen.

Bis Ende des Jahres werden wir die kommunale Wärmeplanung für unsere Stadt beschließen. Mit dem kommunalen Wärmeplan wird mit hoher Flughöhe ein Weg aufgezeigt, wie vor Ort die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung funktionieren und bis 2040 in Mössingen erreicht werden kann.

Strategisches Planen, meine Damen und Herren, ist erforderlich um erfolgreich die Umstellung auf erneuerbare Energien in den Sektoren Strom, Mobilität und Wärme zu meistern.

Daher werden wir parallel in einem weiteren Schritt mit einer Energetischen Quartiersentwicklung Mössingen Nord-Ost, einbezogen ist auch das Hoeckle-Areal, beginnen. Das Quartierskonzept umfasst die Konkretisierung der Wärmerversorgung, Maßnahmen zur nachhaltigen Mobilität, Klimafolgenanpassung, Energie- und Treibhausgasbilanz sowie ein Monitoringkonzept zur Zielerreichung.

Weitere Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Energie- und Wärmewende und zur Klimafolgenanpassung, die wir bereits beschlossen, umgesetzt oder in der Planung haben, sind unter anderen das Radwegekonzept, der weitere Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden, die bereits angesprochene Umgestaltung des Mühlegärtle, das Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement, die Erzeugung von Wasserstoff, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit den Überlegungen zu einem Mobilitätszentrum, aber auch der Ausbau von Großflächenphotovoltaik und Windkraft. Bei den beiden letzten Punkten sind die Ergebnisse der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien, der Teilregionalpläne Solarenergie und Windenergie abzuwarten. Danach haben wir Klarheit, wo größere Freiflächenanlagen realisiert werden können und ob

und wie ein interkommunales Windenergieprojekt unter Beteiligung der Stadt Mössingen umgesetzt werden kann. Wir sind in einer landesweiten Solidargemeinschaft verpflichtet zwei Prozent unserer Gemarkungsfläche für Wind- oder Solarenergie auszuweisen.

Mit Blick auf die großen Herausforderungen des Klimaschutzes ist es für mich eine Verpflichtung - dabei werden Sie mir, meine Damen und Herren Gemeinderäte und Ortschaftsräte sicher zustimmen - die Themen Windenergie und Freiflächenphotovoltaik auch in Mössingen zu forcieren. Traurig und erschreckend sind Entwicklungen wie wir sie derzeit bei der Windkraft-Debatte in Starzach erleben. Daher ist es wichtig frühzeitig die Menschen mitzunehmen und darüber zu informieren, wie wir gemeinsame mit weiteren Partnern uns auf die Herausforderungen des Klimawandels einstellen wollen. Wir müssen alle unseren Teil dazu beitragen.

Daher prüfen die Stadtwerke wie auch die Stadt derzeit die Potenziale zur Gewinnung von regenerativ erzeugter Energie auf unserem Gemarkungsgebiet. Auch deshalb ist kurz- bis mittelfristig mit größeren Investitionen für Anlagen zur Energiegewinnung zu rechnen. Der Ausbau erneuerbarer Energien macht erhöhte Investitionen in das Stromnetz in den nächsten Jahren zwingend notwendig. Um auf lange Sicht ein leistungsfähiges Netz zu haben, werden die Investitionen im Stromnetz ebenfalls spürbar zunehmen.

Im Wirtschaftsplan 2024 sind für den Ausbau des Stromnetzes Investitionen in Höhe von rd. 1,78 Mio. Euro vorgesehen, mittelfristig sind in den Jahren 2025 und 2026 weitere 6,8 Mio. Euro für das Stromnetz eingeplant.

Bei den Stadtwerken verbessert sich das Jahresergebnis im Planungszeitraum gegenüber dem Planjahr 2023 um rd. 584.000 Euro. Beim Gesamtbetrieb ist mit einem Jahresverlust in Höhe von 327.000 Euro zu rechnen. Dieser Jahresverlust ist insbesondere auf die gestiegenen Verluste bei den Bäderbetrieben durch die höheren Abschreibungen und Darlehenszinsen, die seit der Grundsanierung des Hallenbades anfallen, zurückzuführen. Der Zuschussbedarf bei den Bäderbetrieben kann nicht durch die Überschüsse anderer Betriebszweige der Stadtwerke ausgeglichen werden. Daher wäre auch im Jahr 2024 erneut eine Verlustabdeckung aus dem städtischen Haushalt erforderlich, welche derzeit aber noch nicht eingeplant ist, im Falle einer besseren Entwicklung des städtischen Haushalts aber unbedingt, wie in den Vorjahren an die Stadtwerke geleistet werden sollte.

Im investiven Bereich sind bei den Stadtwerken neben dem Netzausbau für die bereits im Tiefbauprogramm genannten Kanal- und Wasserleitungsbaumaßnahmen 940.000 Euro eingestellt. Beim Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung ist zusätzlich die regelmäßig notwendige Schmutzwasserfrachtberechnung und eine Modernisierung des RÜB Weiherwiesen vorgesehen. Insgesamt sind im Tiefbauprogramm Kanalneubauten und -sanierungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro eingeplant. Außerdem sind für das Projekt H2-Grid, das interkommunale Projekt zur Produktion von Wasserstoff auch in Mössingen, für das Jahr 2024 Mittel in Höhe von 310.000 Euro eingestellt.

Der Zustand des Kleinkindbereichs im Freibad Mössingen verschlechtert sich zunehmend. Daher wollen die Stadtwerke einen

Neubau der Anlage planen. Im Haushaltsplan der Stadt sind für die Jahre 2024 und 2025 insgesamt 150.000 Euro eingeplant, da die Stadtwerke eine 100 Prozent Kostentragung durch die Stadt beantragen werden. Über den Antrag und die Höhe des Finanzierungsanteils aus dem städtischen Kernhaushalt ist vom Gemeinderat noch zu beraten.

Ab dem kommenden Jahr wird der Zweckverband Steinlach-Wasserversorgung organisatorisch den Stadtwerken zugeordnet. Wir werden dort eine neue Betriebseinheit Wasserversorgung aufbauen. In diesem Sachgebiet wird unter einer Leitung die Steinlach-Wasserversorgung mit unseren bewährten Wassermeistern und in der anderen organisatorischen Linie sich die Wasserverteilung der Stadtwerke für die Stadt Mössingen, die Gemeinde Offerdingen und gegebenenfalls noch weiteren Betriebsträgerschaften wiederfinden. Auch in diesem Betriebszweig haben wir sehr qualifiziertes Personal. Damit haben wir eine zukunftsfähige und schlagkräftige Struktur, mit der wir den strengen rechtlichen Vorgaben der Wasserversorgung gerecht werden und auch im Wettbewerb um qualifiziertes Personal gut aufgestellt sind. Für diesen neuen Betriebsbereich ist eine zusätzliche Ingenieursstelle für die Leitung samt Assistenz erforderlich.

Mit dem Jahreswechsel wird auch der bereits durch den Gemeinderat beschlossene Tarif-Wechsel von TvÖD zu TV-V bei den Stadtwerken umgesetzt werden. Die Voraussetzungen für eine Zustimmung der Gewerkschaft Ver.di sind gegeben.

Bei der Stadt erhöht sich die Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr rein rechnerisch um 15,69 Stellen.

16 neue Stellen entfallen alleine auf das Kinderhaus Hinter Höfen. Die insgesamt 403 Stellen im städtischen Kernhaushalt und bei den Stadtwerken sind mit rd. 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Die Stellenbesetzungsquote lag im Jahr 2023 bei 88,6 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, dass mit dem Gemeinderat vereinbart wurde, im Zuge der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 1 nicht alle zusätzlichen Stellen bereits im laufenden Haushaltsjahr zu besetzen.

Ich habe es bereits kurz angeschnitten, die Personalaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 10,94 Prozent bzw. 2,3 Mio. Euro auf 23,3 Mio. Euro. Der überwiegende Teil der Erhöhung, nämlich 1,626 Mio. Euro entfällt auf die Umsetzung des Tarifvertrags. 500.000 Euro werden für das erforderliche pädagogische und hauswirtschaftliche Personal im neuen Kinderhaus Hinter Höfen veranschlagt.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen gegenüber dem Vorjahr exorbitant um rd. 1,25 Mio. Euro auf rd. 13,9 Mio. Euro an. Dies entspricht einer Steigerung von 9,85 Prozent. Die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen steigen um 537.000 Euro auf 2,052 Mio. Euro und damit über ein Drittel an.

Die Unterhaltungsmaßnahmen sowohl im Hochbau- als auch im Tiefbaubereich decken nur die allerdringlichsten Maßnahmen ab. Für den dauerhaften Substanzerhalt wäre deutlich mehr zu tun. Die

Verwaltung hat sich bei den Planansätzen angesichts der personellen und finanziellen Ressourcen auf das absolut Notwendige im Sinne der Betriebssicherheit beschränkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der angespannten Situation ist und bleibt die Liste der städtischen Aufgaben lang, da bleiben weder personelle noch finanzielle Spielräume für Begehrlichkeiten.

Große Sorgen bereiten mir aber auch die überbordende Bürokratie, die immer stärker ausgeprägte Regulatorik, die über Hand nehmenden Pflichtaufgaben von Bund und Land, welche uns Städte und Gemeinden kaum noch Luft zum Atmen, also Gestaltungsspielraum in Selbstverwaltungsangelegenheiten und in finanzieller Sicht lassen.

Mehr aber noch treibt mich um, dass die Menschen zusehends den Glauben und das Vertrauen in den Staat verlieren. Grund dafür ist, dass politische Diskussion und reale Lebenswelt immer mehr auseinanderdriften. Die politischen Versprechen und Zusagen sind in der Summe kaum mehr erfüllbar. Der von oben vermittelte Anspruch muss auch zur Wirklichkeit in den Städten und Gemeinden passen. Ich zitiere den Präsidenten des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger: „Das stetige Ausweiten von Ansprüchen, das stetige Erhöhen von ohnehin schon hohen Standards, das Ziel eines einzelfallgerechten Fürsorgestaats. (...) Das kann kein Staat leisten. Noch nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland.“

Wir, wir werden weiterhin unseren Fokus auf die Pflichtaufgaben der Stadt richten müssen. Es gilt abzuwägen, welche Investitionen bei geringer werdenden finanziellen Spielräumen und personellen Handlungsmöglichkeiten tatsächlich noch zu tätigen sind, um die vielfältigen Angebote der Stadt aufrechtzuerhalten, die dafür notwendige Infrastruktur zu unterhalten und wenn notwendig auszubauen. Die Grundlage für eine erfolgreiche Finanzplanung ist seit jeher ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Mitteln.

Nach Jahren mit starken Wachstumsraten werden die Spielräume geringer werden. Noch aber können defizitäre Haushalte aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt werden. Die Abnahme der liquiden Mittel zeigt uns jedoch, dass Investitionen wieder mit Krediten finanziert werden müssen. Dennoch wollen wir weiter optimistisch in die Zukunft blicken, ohne den Blick auf das Machbare und die dauerhafte Aufgabenerfüllung zu verlieren.

Meine Damen und Herren, wir brauchen handlungsfähige Kommunen, um unsere Lebensverhältnisse aufrechterhalten zu können. Hierzu ist es notwendig die Einnahmesituation nachhaltig zu verbessern, vielmehr aber die Handlungsmöglichkeiten durch Aufgabenkritik, realistische Standards und Bürokratieabbau zu stabilisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die öffentliche Haushaltsklausur findet am Samstag, 2. Dezember 2023 von 9:00 bis 13:00 Uhr statt.

Anträge zum Haushalt sind bis zum 9. Januar 2023 einzureichen. Ich bitte Sie ausdrücklich nur Haushaltsrelevante Anträge zu stellen. Die Verabschiedung des Haushalts und der Wirtschaftspläne ist voraussichtlich für Montag, 22. Januar 2024 vorgesehen.

Ich danke ganz besonders Ihnen, liebe Frau Bernhard und liebe Conrad, und allen Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Werk über die letzten Monate mitgearbeitet haben. Ebenso danke ich Ihnen, lieber Herr Hoffmann und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe gearbeitet haben. Sie alle haben Ihre Arbeit sehr gut gemacht. Sie haben einmal mehr sehr zuverlässig die Haushalts- und Wirtschaftspläne aufgestellt. Vielen Dank!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!